

Dem **Bauausschuss**
in **öffentlicher** Sitzung
vorgelegt

Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs Lotzbeckweg

Sachverhalt

Gemeinsam mit der Deutschen Bahn plant die Stadt Lindau, im Rahmen des „Zwei-Bahnhof-Konzeptes, verschiedene Infrastrukturmaßnahmen. Die Einzelmaßnahmen, welche in Abhängigkeit untereinander stehen, müssen frühzeitig, zeitgerecht und zügig vorbereitet und umgesetzt werden. Insbesondere die Maßnahmen, welche eines Genehmigungsverfahrens bedürfen, müssen entsprechend der Terminplanung geplant und gebaut werden. Von besonderer Bedeutung für die Bürger der Stadt Lindau, sind die Teilprojekte „BÜ Langenweg“, „BÜ Bregenzer Str.“, „Thierschbrücke“, „BÜ Lotzbeck“ und „EÜ Wackerstraße“, welche im täglichen Leben dringend benötigt werden. Nur mit diesen Maßnahmen ist eine akzeptable und sichere Mobilität zwischen den Stadtteilen möglich.

Die Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs Lotzbeckweg ist darüber hinaus seit Jahren ein bedauerliches Ärgernis für unsere Gäste, die im Zuge des Bodenseeradwegs vorankommen wollen.

Im Hauptausschuss am 29.01.2013 wurden vier Grundsatzvarianten für eine Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs Lotzbeck vorgestellt. Nach einstimmigem Beschluss wurde die Tiefbauabteilung beauftragt, die Variante A, „ufernahe Unterführung“, weiter zu untersuchen.

Die Tiefbauabteilung hat eine Vorplanung erstellt und eine Visualisierung der Planung vom Ingenieurbüro Wiederer durchführen lassen.

Verkehrskonzept:

Von Westen kommend werden die Fußgänger und Radfahrer getrennt auf die geplanten Unterführungen geführt. Dabei wird der Radverkehr auf der Südseite an die bestehenden Radwege des Eisenbahndamms angeschlossen. Der Gehweg verläuft auf der Nordseite und mündet am „Aeschacher Ufer“ in einer Pflasterfläche. Diese dient als Trennung zur Straße „Aeschacher Ufer“ sowie als Orientierungsfläche für den Geh- und Radverkehr, der aus Richtung Reutin kommt oder in Richtung Reutin bzw. auf die Insel möchte.

Die neue Zufahrt des ESV (Anglerverein) erfolgt nicht mehr von dessen Westseite über den Geh- und Radweg, sondern direkt von der Straße „Aeschacher Ufer“. Dadurch wird die Verbindung Eisenbahndamm Richtung Giebelbach autofrei.

In der Planung wird diesem Bereich mehr Platz eingeräumt und durch bauliche Trennung eine bessere Verkehrslenkung erzielt. Um diese Fläche frei zu bekommen, werden die Parkplätze und Wertstoffcontainer nach Norden verschoben. Die Erschließung der Kleingärten und des Haus Nr. 2 erfolgt von Norden über den Hasenweidweg. Hierfür wird eine Erschließungsstraße entlang der westlichen Gleise erstellt.

Bauliche Merkmale:

Geplant sind zwei Unterführungen mit einer lichten Weite von 6,50 m, einer lichten Höhe von jeweils 3,50 m und einer Länge von ca. 8 m bzw. ca. 12 m. Die Längsneigungen zu den Unterführungen betragen ca. 5 %. Zwischen den Bauwerken ist der Geh- und Radweg auf ca. 15 m offen und damit hell und angenehm.

Sämtliche Flächen für den Endausbau befinden sich im Besitz der Bahn und der Stadt. Lediglich in der Bauphase müssen Privatflächen kurzfristig in Anspruch genommen werden.

Der gesamte Knotenbereich soll als Platz wirken. Dies wird durch radial angeordnete Bepflanzungen und Gabionen erreicht.

Sämtliche Planungen wurden in enger Absprache mit der Deutschen Bahn erarbeitet.

Kosten:

Die Projektkosten werden auf ca. 5.000.000 € geschätzt. Nach dem Eisenbahnkreuzungsrecht handelt es sich um eine Maßnahme nach § 13 EKrG, d.h. die Kosten werden zu jeweils einem Drittel vom Bund, der Bahn und der Stadt getragen. Bis zum Jahr 2019 stehen Fördermittel aus dem GVFG zur Verfügung. Bei einer Förderung von z.B. 50 % würde auf die Stadt ein Anteil von ca. 1.000.000 € entfallen. Im Jahr 2015 werden für die Entwurfsplanung 150.000 € benötigt.

Projektablauf:

Bürgerinfo, SR, VOF-Verfahren, Entwurfsplanung	2015
Genehmigungsverfahren	2016
Ausschreibung	2017
Bau	2018

Da ab 2015 mit einer deutlichen Verschlechterung der Schrankenschließzeiten gerechnet werden muss, sollte möglichst schnell mit dem Umbau begonnen werden.

Aufgrund des Projektumfangs muss das Ingenieurbüro mit Hilfe eines VOF-Verfahrens gefunden werden. Für das VOF-Verfahren müssen 20.000 € eingeplant werden.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss nimmt die Sachdarstellung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Bürger im Rahmen einer Infoveranstaltung über die geplante Maßnahme zu informieren und das Projekt dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Lindau (B), den 11.09.2014

Gebauer
Garten- und Tiefbauamt